

## Editorial

die Frage ist entscheidend, welche Hoffnung für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung besteht und was wir dazu beitragen können. Dies betrifft alle militärischen Auseinandersetzungen, die unendliches Unheil überall auf der Welt anrichten und aktuell insbesondere den Krieg in der Ukraine, weil hier Atomkräfte in unmittelbarer Konfrontation gehen. Die Schlussfolgerung aus zwei Weltkriegen, Hiroshima und Nagasaki war: Nie wieder Krieg, radikale atomare Abrüstung und die die Verpflichtung aller auf das Völkerrecht. Das gilt es unbedingt zu verteidigen und neu zur Geltung zu bringen.

Von großer Bedeutung ist, sowohl der militärischen Aufrüstung als auch der sie begleitenden verbalen Eskalation geschichtsbewusst entgegenzuwirken - den nationalistischen „Wir gegen die“-Parolen, pauschalen Stigmatisierungen und der Irrationalität (Seite 4).

Für die Hoffnung können wir zu allererst auf die internationale Friedensbewegung setzen. Der Ukrainische Friedensaktivist Yuri Sheliazhenko setzt dem Krieg einen radikalen Humanismus entgegen. (Seite 6).

Eine positive Entwicklung gelingt, wenn die bestehenden Konflikte analytisch begriffen werden, und auf dieser Grundlage eine Aussicht für Besserung gebildet werden kann. Die Überlegungen des Völkerrechtlers Prof. Dr. Norman Paech sollen einen Beitrag dazu leisten (Seite 4).

Wir sind der Überzeugung, dass zivile internationale Kooperation die notwendige Alternative zum Krieg ist – nicht nur politisch und ökonomisch, sondern insbesondere in Kultur, Bildung und Wissenschaft. Deshalb haben wir gemeinsam mit anderen Friedensfreund:innen eine Petition gestartet (Seite 2). Zudem sind Argumente verschiedener Autor:innen für diese Kooperation abgedruckt (Seite 2).

Gerade in der Erziehungswissenschaft haben wir besondere Möglichkeiten und Verantwortung, durch Friedenserziehung und -bildung nachhaltig für eine gewaltfreie Entwicklung der menschlichen internationalen Beziehungen zu wirken (Seite 7).

Der traditionelle Ostermarsch der Friedensbewegung ist eine gute Gelegenheit, den unbedingten Willen für Frieden und Abrüstung auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen (Rückseite).

Wir wünschen ein anregende Lektüre  
Eure Fachschaftsrate

## Dokumentiert

# Gegen jeden Krieg - für Diplomatie und zivile Entwicklung



Pablo Picasso, Halstuch zu den Weltfestspielen 1951.

Dieser Text lag als Antrag dem Studierendenparlament der Uni Hamburg vor. Wir teilen die hier gefasste Grundposition zum aktuellen Krieg in der Ukraine und rufen dazu auf, diese in den Gremien und Lehrveranstaltungen zu diskutieren.

Der Krieg in der Ukraine ist unmenschlich und völkerrechtswidrig und muss sofort beendet werden.

Das oberste Gebot ist nun die Verhinderung weiterer Eskalation und die Beendigung aller militärischen Aktivitäten auf allen Seiten.

Vernunft ist das Einzige, was zählt: Der Weg zum Frieden geht nur, wenn die Waffen schweigen und diplomatische Verhandlungen (wieder) aufgenommen werden. Es muß eine ernsthafte Initiative zu diplomatischen Verhandlungen unter Vermittlung der Vereinten Nationen erfolgen, welche die Interessen Russlands und der Ukraine einschließlich der selbstverwalteten Regionen dauerhaft gewährleistet.

Jetzt erforderlich sind:

- Die umgehende Aufnahme diplomatischer Verhandlung mit dem Ziel, Minsk II endlich umzusetzen.
- Sofortige Beendigung aller Kriegs- und paramilitärischen Handlungen. Das schließt den Rückzug der russischen Truppen ebenso ein wie Waffenlieferungen und NATO-Soldaten in der Region. Mehr Waffen und Soldaten bedeuten nur mehr Tote und verlängern den Krieg.
- Rücknahme aller Sanktionen; sie verhindern Diplomatie und schaden vor allem der Bevölkerung in allen beteiligten Ländern.
- Öffnung aller Grenzen für die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und aus anderen Kriegsregionen sowie unbürokratische Aufnahme in menschenwürdige Unterbringungen. Dafür braucht es statt weiterer Aufrüstung ein „Sondervermögen humanitäre Hilfe“.
- Asyl für Deserteure aus allen beteiligten Armeen.

Zu erwirken sind:

- Die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität der Ukraine.
- Eine Garantie des Endes der Osterweiterung der NATO für Russland.
- Der Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland, der Beitritt zum Atomwaffenvertragsvertrag und Verhandlungen über die vollständige atomare Abrüstung.
- Ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.
- Die Herausbildung gleichberechtigter und verbindlicher kultureller, wirtschaftlicher und politischer Partnerschaft insbesondere zwischen der EU und Russland. Das allein sichert Frieden und ermöglicht soziale und demokratische Progression in allen beteiligten Ländern.
- Die Verwendung der durch Entmilitarisierung und radikale Abrüstung freiwerdenden Mittel für die Entwicklung von Sozialem, Bildung, Kultur, Gesundheit, Wohnen und Klimapolitik statt des angekündigten Aufrüstungsirrsinns mit 100 Milliarden Euro.

Wir rufen alle Mitglieder der Universität auf, im Sinne des Leitbilds der Universität, durch die Intensivierung internationaler wissenschaftlicher Kooperation insbesondere mit Kolleg:innen und Kommiliton:innen aus Russland und der Ukraine zu einer rationalen Verständigung und zivilen Entwicklung beizutragen.

„In der Tradition der Freien und Hansestadt Hamburg verwirklicht die Universität Weltoffenheit und Toleranz, internationale Zusammenarbeit und Universalität von Wissenschaft. [...] Geleitet von diesem Bild einer weltoffenen, wissenschaftlich leistungsfähigen Universität setzt sich die Universität Hamburg [...] die Internationalisierung von Bildung und Wissenschaft für eine friedliche und menschenwürdige Welt [...] als Ziele ihrer künftigen Entwicklung“  
(Leitbild der Universität Hamburg)

# Für den Erhalt und Ausbau internationaler Wissenschaftskooperation - Frieden schaffen mit Vernunft

Wir sind der Überzeugung, dass zivile internationale Kooperation die notwendige Alternative zum Krieg ist – in Kultur, Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

Wir rufen daher die Mitglieder der Universität auf, die internationale wissenschaftliche Kooperation, insbesondere mit Kolleg:innen und Kommiliton:innen aus Russland und der Ukraine, zu suchen und zu intensivieren und so zu einer rationalen Verständigung und friedensstiftenden zivilen Entwicklung beizutragen.

Wir fordern außerdem das Präsidium der Universität Hamburg und die Hamburger Wissenschaftssenatorin auf, die sofortige Wiederaufnahme der Kooperationsaktivitäten mit russischen Hochschulen und anderen Wissenschaftseinrichtungen zu ermöglichen und aktiv zu befördern.

## Begründung

„Wissenschaftliche Forschung ist ohne eine umfassende Zusammenarbeit mit Kollegen aus anderen Ländern nicht denkbar. Die Isolierung Russlands von der Welt bedeutet eine weitere kulturelle und technologische Degradierung unseres Landes, die keine positiven Perspektiven bietet. Ein Krieg mit der Ukraine ist ein Schritt ins Nirgendwo. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Militäraktionen gegen die Ukraine. Wir fordern die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des ukrainischen Staates. Wir fordern Frieden für unsere Länder. Lassen Sie uns Wissenschaft betreiben, nicht Krieg!“  
(Offener Brief von russischen Wissenschaftlern & Wissenschaftsjournalisten gegen den Krieg mit der Ukraine, 27.02.2022)

„Ziele: Entspannung durch Austausch, Wandel durch Kooperation, europäische Erweiterung durch Verständigung auf gemeinsame blockübergreifende Projekte, Beistand beim akademischen Neuaufbau, Erneuerung alter Kulturverbindung, Stärkung der europäischen Integration.  
Wege: Partnerschaften in vielen Fächern mit den Hauptstadt-Universitäten als den besten Universitäten mit gleichartigem Fächerspektrum, (...). Alle Partnerschaften wurden von Hambur-

ger Seite angebahnt. Der Präsident der Universität Hamburg unternahm zur Anbahnung und Pflege der Ostkooperationen 75 Reisen nach Ost- und Südosteuropa (1970-1991). Die Verwaltung der Universität Hamburg hat diese Kooperationen bis heute hervorragend betreut.“

(Peter Fischer-Appelt, ehemaliger Präsident der Universität Hamburg, „Ostkooperation“ in: „Universität als Kunstwerk. Beiträge aus sechs Jahrzehnten“, 2012, S. 245)

Wir wenden uns gegen die Entscheidung des Universitätspräsidiums, alle Kooperationsaktivitäten mit russischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen auszusetzen. Nur der Ausbau von Zusammenarbeit im Sinne des im universitären Leitbild gefassten Ziels der „Internationalisierung von Bildung und Wissenschaft für eine friedliche und menschenwürdige Welt“ schafft Frieden. Die Mitglieder der Universität sind mehr denn je in der Verantwortung, Orte der internationalen Kommunikation und Zusammenarbeit zu stiften und zu stärken.

Die Universität Hamburg hat eine lange Geschichte des Wirkens für Frieden durch Kooperation: Kooperationsvereinbarungen mit Wissenschaftler:innen und Universitäten in Osteuropa, wie etwa in St. Petersburg, wurden als Durchdringung des „Eisernen Vorhangs“

initiiert. Wir setzen uns für eine Vertiefung der universitären Ost-Partnerschaften in diesem Verständnis sowie ihre stärkere Verankerung im öffentlichen universitären Leben ein. So tragen wir als Universität zur Herausbildung gleichberechtigter und verbindlicher kultureller, wirtschaftlicher und politischer Partnerschaften bei, insbesondere zwischen der EU und Russland. Das ermöglicht soziale, demokratische Progression in allen beteiligten Ländern und wirkt friedensbildend.

Wir rufen alle dazu auf, der irrationalen militärischen und verbalen Aufrüstung und Abschottung zugunsten einer vernunftgeleiteten sozialen, nachhaltigen und zivilen Entwicklung entgegenzutreten. Die Universitäten und Hochschulen benötigen höhere Mittel für die umfassende Erfüllung ihrer friedensstiftenden Aufgaben.

„[Das] derzeitige[s] Volumen [atomarer Vernichtungswaffen] hat das Potential, die Erde für Menschen unbewohnbar zu machen und die menschliche Zivilisation auszulöschen. Deshalb dürfen solche Waffen nie zum Einsatz kommen! Wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind überzeugt, dass wissenschaftliche Erkenntnisse aller Disziplinen und die auf ihr fußenden Technologien der Menschheit in Zukunft den größten Nutzen bringen werden. Sie sind nur in weltweiter wis-



senschaftlicher Zusammenarbeit zu erreichen. Ohne sie werden die globalen Probleme nicht zu lösen sein. Voraussetzung ist, dass diese Erkenntnisse ausschließlich für friedliche Zwecke und für das Wohl und das Glück aller Menschen eingesetzt werden unter Anerkennung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.“

(Friedensappell der internationalen Scientific Community durch Nobelpreisträgerinnen und Nobelpreisträger, unterzeichnet von 105 Nobelpreisträger:innen)

Die Petition kann unterzeichnet werden am Infotisch im Foyer der Erziehungswissenschaft oder online unter: [openpetition.de/!pzxyb](https://openpetition.de/!pzxyb)

## Dokumentiert

# Stellungnahmen für Wissenschaftskooperation

## Statement der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) zum Ukrainekrieg

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft ist erschüttert von dem Angriffskrieg der russischen Regierung gegen die Ukraine. Jede kriegerische Handlung zerstört die individuellen Rechte auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Leben und körperliche Unversehrtheit sowie das Recht auf Bildung. Durch die Zerstörung der Grundlagen zivilen Lebens

sind in der Ukraine auf Generationen schwerwiegende Auswirkungen für die Menschen zu befürchten. Wir rufen dazu auf, sich gegenüber den vom Krieg betroffenen Menschen solidarisch zu zeigen. Wir bitten darum, nach Möglichkeit die Folgenbearbeitung auch in unserem Land durch fachliche Expertise zu unterstützen. Wir unterstützen den Fortbestand der Kontakte zu unseren Kolleg:innen in der Ukraine und Russland sowie zu den Studierenden aus diesen Ländern. Wir stehen ein für einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten.

## Akademischer Boykott Russlands: Wissenschaft im Dienst deutscher Kriegspolitik (Auszug)

Gregor Link | 8. März 2022

Nach dem reaktionären Einmarsch des russischen Militärs in die Ukraine haben höchste Ebenen der deutschen Wissenschaft Maßnahmen gegen Russland ergriffen, die in der Nachkriegsgeschichte ohne Beispiel sind. In Übereinstimmung mit der Bundesregierung haben führende

- Fortsetzung auf Seite 3 -



- Fortsetzung von Seite 2 -

Forschungseinrichtungen und Universitäten sämtliche Beziehungen zu russischen Partnerorganisationen abgebrochen und angekündigt, alle laufenden Forschungsprojekte zur Disposition zu stellen. [...]

Russische Wissenschaftler und Studierende für eine Regierungspolitik zu bestrafen, die von einem Großteil von ihnen abgelehnt wird, hat keinerlei fortschrittlichen Inhalt. Es handelt sich im Gegenteil um einen aggressiven Akt, der mit einer wütenden antirussischen Kampagne in Kultur und öffentlichem Leben einhergeht und dazu dient, alles Russische zu verteufeln und die Wissenschaft in den Dienst der Außen- und Kriegspolitik zu stellen. [...]

### **Stellungnahme des AStA der Universität Hannover (11.03.2022): Gut gemeint, schlecht gemacht – Die Solidaritätserklärung der LUH trifft auch regimekritische Wissenschaftler\*innen (Auszug)**

[...] Wir begrüßen die starke Positionierung der Universitätsleitung gegen den Ukrainekrieg und die Solidaritätsbekundungen. Allerdings hat das Präsidium am 2. März 2022 ein weiteres Statement veröffentlicht, indem die Entscheidung der Uni „alle Kooperationen mit Russland ab sofort und bis auf Weiteres ruhen zu lassen“ mitgeteilt wurde. Es sollen „Sämtliche Aktivitäten mit Russland, die institutionellen und strategischen Verbindungen mit russischen Einrichtungen“ bis aufs weitere eingestellt werden.

Diese neuen Entscheidungen sind antithetisch zu den vorherigen Aussagen des Präsidiums, in denen zurecht die Rolle internationaler Kooperation für wissenschaftliches Arbeiten betont wird. Es leuchtet außerdem nicht ein, wieso zwar die Unschuld der russischen Bevölkerung anerkannt wird, dies aber nicht zu solidarischen Maßnahmen, sondern zu Isolation führt. [...]

An dieser Stelle sei auf Prof. Mikhail Katsnelson verwiesen, einer der Forschenden, die das Statement unterschrieben haben. Er sagt in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, dass das gegenwärtige Regime in Moskau das Ziel verfolgt, Russland komplett zu isolieren, und man ihnen dabei nicht helfen sollte. Aus diesem Grund sollte es den russischen Forscher\*innen möglich sein, mit der weltweiten Wissenschaftsgemeinschaft zu kommunizieren. Er hält es für falsch, Menschen aufgrund ihrer Nationalität zu sanktionieren, denn das würde dem Regime nur in die Hände spielen.

Die Wissenschaftler\*innen, die in Russland selbst leben gehen eine große Gefahr ein, indem sie diesen Brief unterschreiben. Politische Dissident\*innen in Russland sind permanenter Gefahr ausgesetzt, Aktivist\*innen kommen ins Gefängnis oder

verschwinden einfach, regimekritische Stimmen werden vom Staat gewaltsam unterdrückt. Eben diese Stimmen sollten internationale Unterstützung bekommen und verstärkt werden, statt sie zu boykottieren, weil sie die „falsche Nationalität“ haben. Dieser Schritt untergräbt letztlich den oppositionellen Widerstand der Bevölkerung Russlands gegen den Krieg und das Regime. Eine langfristige Veränderung der Verhältnisse kann nur durch einen politischen Machtwechsel innerhalb Russlands erreicht werden.

Der akademische Boykott, den der DAAD, das BMBF und der Minister für Wissenschaft und Kultur vorschlagen geschieht nicht in einem Vakuum, sondern im Kontext von mehreren Boykotts von russischen Läden, der Entfernung russischer Lebensmittel aus deutschen Supermarktketten etc. sowie einem zunehmenden antislawischen Rassismus in Deutschland, der nicht das gemeinte russische Regime trifft, sondern russischstämmige Menschen, die keine Schuld tragen.[...]

### **Sanktionen behindern deutsch-russische Projekte (SZ, 22.03.2022) (Auszug)**

Mit den Sanktionen gegen Russland infolge des Krieges in der Ukraine ist auch in der Klimawissenschaft nichts mehr so, wie es vorher war. Deutsche Forschungseinrichtungen legten ihre Kooperationen mit russischen Universitäten und Institutionen auf Eis, darunter auch das Bremerhavener Alfred-Wegener-Institut (AWI).

Der Boykott trifft die vom AWI betriebenen Forschungen hart, vor allem bei den Langzeitprojekten. "Wir müssen leider die Beobachtungsreihen aussetzen", sagt AWI-Direktorin Antje Boetius. Klima- und Umweltdaten seien kritisch für die gesamte Menschheit, für sie sei eine internationale Zusammenarbeit wichtig. "Gerade die sibirische Arktis mit ihren Hitzewellen im Sommer ist die Region, wo wir hinschauen müssen." Im Permafrost in Sibirien wollen Forschende herausfinden, wie schnell der Boden auftaut. "Dort müssten jetzt eigentlich Geräte ausgetauscht werden. Das ist gestoppt", sagt Boetius. Sie selbst wollte in einigen Wochen nach Nowosibirsk reisen, auch das ist abgesagt. [...]

Nicht nur in der Polar- und Klimaforschung, auch in den Bereichen Physik, Raumfahrt und Astronomie war Russland bisher ein wichtiger Partner. So treffen auch das Max-Planck-Institut für Ornithologie in Radolfzell die Sanktionen hart. Für das Projekt "Icarus" wurde 2018 an der Außenhülle des russischen Moduls der Internationalen Raumstation (ISS) eine Antenne installiert, die Daten von der Erde empfängt, genauer: von Tieren, die mit Mini-Sendern ausgestattet wurden. Das gibt Aufschluss etwa über Migrationsrouten von Zugvögeln und anderen Tieren.

"Seit dem 3. März bekommen wir keine Daten mehr aus Moskau", sagt Projektleiter Martin Wikelski. "Und wir gehen davon aus, dass wir nie wieder Daten bekommen."

Der Volltext der Stellungnahmen und Quellenangaben sind auf der Webseite des FSR Erziehungswissenschaft zu finden. [fsr-erzwiss.blogs.uni-hamburg.de](http://fsr-erzwiss.blogs.uni-hamburg.de)

### **Kontaktabbruch ist ein Irrweg (Auszug)**

Gastbeitrag von Michael Brüggemann (Prof. für Kommunikationswissenschaft an der Universität Hamburg) im Tagesspiegel vom 17.03.2022

„[...] Die Motivation, etwas für den Frieden zu tun und Solidarität mit der Ukraine zu zeigen, ist gut nachvollziehbar. Aber ist dem Frieden gedient, wenn wir kulturelle und wissenschaftliche Brücken nach Russland abbauen?

Zumindest blockiert werden die Brücken gerade in Kunst und Kultur. Und auch in der Forschung und Lehre an Universitäten werden gewachsene Beziehungen gerade demonstrativ unterbrochen. [...]

„Kriege beginnen in den Köpfen der Menschen, und in den Köpfen der Menschen müssen die Verteidigungslinien für den Frieden errichtet werden. Die Unkenntnis der Lebensweise der anderen ist eine gemeinsame Ursache gewesen durch die ihre Differenzen nur allzu oft in Krieg umgeschlagen sind“, steht in der Präambel der Unesco, der UN-Organisation für Austausch in Bildung und Kultur.

Darum ist es ein Irrweg, existierende Kanäle des friedlichen Austauschs zu verstopfen, weil wir – aus guten Gründen – Solidarität mit der Ukraine zeigen wollen. Die Kommunikationskanäle Richtung Russland sollten offen bleiben. [...]



# Eine überzeugende Demokratie – gegen Tapferkeit und Entsagung

„Wir sterben auch für euch“: Das verkündete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj am 9. März 2022 in einem Interview mit Paul Ronzheimer von der Bild. Für ein angebliches „uns“ wird also in den Krieg gezogen. Das bedeutet nicht nur, dass für „uns“ gestorben wird – allein das kann nicht der Wille eines humanistisch orientierten Menschen sein –, sondern auch, dass für „uns“ getötet wird. Im „wir“ sollen alle wesentlichen Unterschiede aufgelöst werden – oben/unten, links/rechts, Thyssen-Krupp/Woyceck. Was das große Gemeinsame sei, das jetzt mit Waffengewalt verteidigt werden soll – denn es ist nicht der individuelle Westeuropäer, für den sich nun Russen und Ukrainer, geografische Nachbarn mit gemeinsamer Geschichte, gegenseitig erschießen – wird ebenfalls medial publik gemacht: „unsere demokratischen Werte“. Für die angebliche Verteidigung dieser wird nun aufgerüstet, auch mit 100-Milliarden-Sonderetat für die Bundeswehr und einem Übertreffen des 2%-Ziels für die NATO auf – gegen eine Bedrohung, die, so heißt es zumindest, wieder aus dem Osten kommt. Dies wird als „wehrhafte Demokratie“ propagiert. Gewalt und Demokratie sind jedoch ein Gegensatz. Demokratie ist die Herrschaft des Volkes. Doch was kann eine Herrschaft des Volkes im Positiven Anderes bedeuten, als der Gang zur Wahlurne alle paar Jahre.

In einer Demokratie muss ein jeder gemeinsam mit anderen Verfügung über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung haben – das ist der genaue Gegenentwurf zu Hierarchie und Konkurrenz. Wenn nun in autoritären Prozessen, ohne Einbindung anderer demokratischer Organe oder gar Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure, kurzerhand der 100-Milliarden-Euro-Sondertat für die Aufrüstung durchgedrückt werden soll, wird diese Herrschaft des Volkes hart angegriffen, nicht verteidigt. Damit soll die Bundeswehr, mit ihren Prinzipien von Befehl und Gehorsam zum gesellschaftlichen Ideal erhoben werden – entgegen dem mündigen Menschen, der sich seines eigenen Verstandes bedient und gesellschaftlich weitblickend gestaltend eingreift.

Der Gegenentwurf zur gewaltvollen Systemverteidigung und Kriegsrhetorik ist jedoch keine militarisierte, sondern eine überzeugende, eine souveräne Demokratie in dauerhafter Entwicklung. Ein Beispiel aus der Geschichte für ebendiese Gegenüberstellung von Kriegslogik und Demokratisierung ist der Matrosenaufstand von 1918. Deutsche Matrosen meuterten gegen einen Befehl zur aussichtslosen Seeschlacht gegen Großbritannien am Ende des ersten Weltkriegs.



Sie forderten im Zuge dessen eine Auflösung der brutalen Militärdisziplin, die Absetzung von Wilhelm II und eine Demokratisierung Deutschlands unter so-

zialistischen Maßstäben. Dieses Aufbegehren gegen Hierarchie und Gewalt, von Militärs initiiert, leitete die Novemberrevolution ein.

**Norman Paech**

## Krieg gegen Ukraine. Die zweite Neuordnung

Es genügt nicht, den Krieg zu verurteilen. Man muss ihn kritisch analytisch und historisch verstehen, um dagegen Friedensursachen zu schaffen und eine zivile Entwicklung durchzusetzen. Als einen ersten Schritt in diese Richtung dokumentieren wir hier einen Artikel des Völkerrechtlers Prof. Dr. Norman Paech. Er ist emeritierter Professor in der Sozialökonomie der Universität Hamburg. Der Artikel erschien ursprünglich in dem Onlinemagazin „Telepolis“.

Diese radikale Wende der russischen Politik hatte wohl kaum jemand erwartet. Nur die US-Geheimdienste haben seit langem davor gewarnt, aber sie waren in unseren Augen durch ihre historischen Lügen – März 2003 vor dem Angriff auf Bagdad – zu sehr diskreditiert, als dass man ihnen hätte glauben können. Doch das, was den NATO-Staaten vorzuwerfen ist, dass sie die Sicherheits-

wünsche der Russen nicht beachtet sondern zurückgewiesen haben, trifft auch diejenigen, die immer wieder an die Kraft der Diplomatie und die Flexibilität beider Seiten geglaubt haben. Auch sie haben den Ernst und die Dringlichkeit der Sicherheitsfrage sowie den Eskalationswillen der NATO-Staaten unterschätzt.

Nun ist Krieg, und das ist ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht, auf das sich auch die russische Regierung immer berufen hat. Putin muss alle Kampfhandlungen umgehend einstellen, und die NATO-Regierungen müssen sich fragen, warum sie die Konfrontation mit Russland so weit vorangetrieben haben. War diese Katastrophe nicht vorherzusehen? Doch die Politik erschöpft sich im Ausdenken der gemeinsten Sanktionen, die Russland am heftigsten wehtun. Man erfreut sich am Wiederaufleben der bereits totgesagten NATO. Zudem

Weiterhin ist Demokratisierung der Ausweg aus der Gewalt. Demokratisch ist die Entscheidung gegen den Krieg. Für den Frieden. Deswegen muss endlich Schluss sein mit dem verlogenen Narrativ des Kriegshelden. Kulturelle Glorifizierung der Gewalt kann nur zu mehr Gewalt führen. Es braucht sofort bedingungsloses Asylrecht für alle Deserteure und den Stopp sämtlicher Waffenlieferungen. Gerade weil in der Ukraine Männer zwischen 18 und 60 Jahren zum Krieg gezwungen und Zivilisten mit Waffen ausgerüstet, völkerrechtlich zu Kombattanten gemacht werden.

In einer tatsächlich überzeugenden Demokratie unter Einbezug der gesamten Bevölkerung braucht es keine individuellen Helden, schon gar nicht jene, die uns heute in Fleckturn von den Covern aller einschlägigen Magazine anstarren. Tatsächlich friedvolle Verhältnisse werden geschaffen durch gemeinsames Streiten der Vielen gegen die Wenigen, die durch die Gewalt der Machtausübung in Form von Ausbeutung und Konkurrenz profitieren. Dafür braucht es Beginner, die Widerspruch erheben, gerade dann, wenn alle einig zu sein scheinen, die Probleme benennen, wenn beschönigt wird, die für eine erfreuliche Perspektive eintreten, wenn Alternativlosigkeit propagiert wird.

Demokratie ist produktiv und nützt allen. Statt Milliarden Euro für Instrumente der Destruktion zu verpulvern, sind diese Mittel für das Allgemeinwohl zu mobilisieren: für Gesundheit, Bildung, Kultur und Wissenschaft, für bessere soziale Bedingungen und die Bewältigung der Klimakrise.

Mit Erich Kästner gesprochen: Glaubt nicht, ihr hättet Millionen Feinde. Euer einziger Feind heißt – Krieg.



möglichen Partner, mit dem es eine friedliche Konkurrenz geben könne. Man sah immer nur die Bedrohung. So schloss der Generalstabschef der britischen Armee, General Sir Nicholas Carter, seine Beschreibung der Bedrohung des Westens durch Russland, anlässlich seiner Rede am 22. Januar 2018 vor dem Royal United Services Institute (RUSI) mit diesen Worten von Leon Trotsky: "Du bist vielleicht nicht am Krieg interessiert, aber der Krieg ist an Dir interessiert." Er schilderte ausführlich die Notwendigkeit, sich auf die Bedrohungen durch Russland vorzubereiten, darauf, "den Krieg zu führen, den wir vielleicht führen müssen". Jetzt müsse reagiert werden, denn "sie stellen eine klare und gegenwärtige Gefahr dar... Wir haben vielleicht keine Wahl hinsichtlich eines Konflikts mit Russland", so das Fazit Carters.

Ein Blick weiter in die Geschichte der Ost-West-Konfrontation zurück, legt zudem den Verdacht nahe, hier wiederholte sich eine Strategie, die schon einmal zum Ziel geführt hatte. 1998 plauderte Zbigniew Brzezinski in der französischen Zeitung „Nouvel Observateur“ über die US-amerikanische Strategie, mit der sie die Sowjetregierung 1979 in die afghanische Falle gelockt hatten. Denn schon ein halbes Jahr vor der sowjetischen Militärintervention hatte Präsident Carter am 3. Juli die erste Direktive zur militärischen Unterstützung der Mujaheddin gegen die Regierung in Kabul gegeben. Brzezinski: „An diesem Tag schrieb ich dem Präsidenten eine Notiz, in der ich ihm erklärte, dass diese Hilfe meiner Meinung nach zu einer sowjetischen Militärintervention führen würde...“

Wir haben die Russen zum Eingreifen nicht gedrängt, aber wir haben bewusst die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie es tun werden. Diese Geheimaktion war

eine ausgezeichnete Idee. Es hatte den Effekt, die Russen in die afghanische Falle zu locken, und Sie möchten, dass ich das bereue? An dem Tag, an dem die Sowjets offiziell die Grenze überschritten, schrieb ich an Präsident Carter: «Wir haben jetzt die Gelegenheit, der UdSSR ihren Vietnamkrieg zu schenken». In der Tat musste Moskau fast zehn Jahre lang einen unerträglichen Krieg für das Regime führen, einen Konflikt, der zur Demoralisierung und schließlich zum Zerfall des Sowjetimperiums führte.

Was ist wichtiger in der Geschichte der Welt? Die Taliban oder der Untergang des Sowjetimperiums? Ein paar islamische Extremisten oder die Befreiung Mitteleuropas und das Ende des Kalten Krieges?“

Wer mag ausschließen, dass der systematischen Frontverschiebung an die Grenzen Russlands, der Blockade des Minsker Abkommens nicht die gleiche Strategie der Befreiung Mitteleuropas von Putin und die Ersetzung durch einen neuen Jelzin zugrunde lag? Die USA haben eine lange Praxis des „Regime Change“, selbst wenn das Ergebnis nicht immer erfolgreich war. Warum konnte man nicht die Ablehnung des NATO-Beitritts der Ukraine von 2008 erneuern? Wäre es ein Gesichtsverlust gewesen, mit Russland einen Vertrag über gleiche Sicherheit abzuschließen, in dem auf Angriffswaffen in den grenznahen NATO-Staaten verzichtet worden wäre? Warum hat man die Ukraine nicht dazu gebracht, die Maßnahmen aus dem Minsker Vertrag, den die Ukraine selbst unterschrieben hatte, umzusetzen? Nun hat Putin den Preis erhöht. Er fordert, die Ukraine solle offiziell auf den Beitritt zur NATO verzichten, sie solle die Krim und Sewastopol als russisches Territorium anerkennen, seiner Entmilitarisierung zustimmen und sich für neutral erklären.

Die Berufung auf die vom IGH akzep-

tierte Abspaltung des Kosovo war gestern, nun ist das Putins Jugoslawien. Das Völkerrecht ist futsch – dass hatten die NATO-Staaten schon 1999 für überflüssig erklärt. Der Krieg gegen Jugoslawien eröffnete die erste Neuordnung Europas, mit dem Krieg gegen die Ukraine erleben wir nun die zweite Neuordnung Europas. Beide Kriege waren eine grobe Verletzung des Völkerrechts. Doch von Jugoslawien ging keine Gefahr aus, der Krieg war offensiv und expansiv, als „humanitäre Intervention“ schlecht getarnt. Die Ukraine war nun für Russland die rote Linie, das hatte Putin wiederholt betont. Sie drohte überschritten zu werden und musste verhindert werden. Dahinter steckt nicht die Sehnsucht nach dem großrussischen Reich, sondern der Wunsch nach einer vertraglichen Sicherheitsgarantie mit deutlichen Schritten der Abrüstung und Entspannung. Was hinderte die NATO-Staaten, dem zu entsprechen? Ist die Neutralität der Ukraine nach dem Beispiel von Österreich oder Finnland eine abwegige Zumutung?

Der Iran hatte seinerzeit den USA den Verzicht auf die nukleare Aufrüstung angeboten, wenn sie einem gegenseitigen Nichtangriffspakt zustimmen oder einen einseitigen Gewaltverzicht aussprechen würden. Die USA hatten abgelehnt, wie auch schon gegenüber Nordkorea. Die USA wissen, wie man Konflikte unter Druck hält. Nur sollten ihnen die Erfahrungen mit Kuba, Iran, Nordkorea und Russland endlich zeigen, dass dieser post-koloniale Umgang mit starken Staaten außer großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die Menschen politisch nichts bringt und sogar zur Katastrophe führen kann. Doch offensichtlich macht auch die geografische Ferne zu den Schauplätzen ihrer Aktionen die US-Administration immer noch unempfindlich für deren zerstörerische Auswirkungen und menschenrechtlichen Katastrophen.

Es ist schon erstaunlich, in welchem hermetischen Zirkel sich die Überlegungen der NATO-Regierungen und der ihr folgenden Medien bewegen. Es dreht sich nur um die Sanktionen, die man jetzt verhängen und wie man zukünftig reagieren müsse. Man habe alles versucht, den Krieg zu vermeiden. Offensichtlich hat man aber die Vorschläge Putins übersehen und erinnert sich auch jetzt nicht daran. Sie spielen keine Rolle in den Überlegungen über den Weg zurück zum Frieden. Über die Erfolglosigkeit der Sanktionen zur Friedensstiftung scheint man sich weitgehend einig zu sein. Was hat man denn anderes zu bieten, um seine Stärke und Handlungsfähigkeit zu zeigen? Die Medien assistieren, selbst dort wird nicht über die Möglichkeit und Rationalität der russischen Forderungen diskutiert. So wie Madeleine Albright seinerzeit bekannte, dass der Tod von 500.000 Kindern infolge der US-Sanktionen im Irak den Preis wert sei, so sind offensichtlich jetzt die zu erwartenden Zerstörungen und Toten den Preis wert, keine Neutralität der Ukraine zu fordern und ihre NATO-Mitgliedschaft offen zu halten. Die hin und wieder zu hörenden Angebote zu Gesprächen mit dem Feind sind leere Angebote.

Was hat man denn anzubieten, wenn man den möglichen Gesprächspartner nicht anhören will?

Wir müssen trotz allem den sofortigen Stopp aller Kampfhandlungen fordern. Wir müssen aber auch die NATO warnen, mit Waffenlieferungen den Krieg weiter anzuhetzen – das ist nicht der Weg der Solidarität. Notwendig wird humanitäre Hilfe für die leidenden Menschen und zahllosen Opfer sein, und schließlich muss wieder die Diplomatie Wege des Gesprächs finden, die die Sicherheitsinteressen beider Seiten ernst nimmt.

Hamburg 25. Februar 2022





# „Putin und Zelenskyy reden Sie miteinander!“

Yuri Sheliashenko ist Friedensaktivist in der Ukraine und Mitglied des Verwaltungsrats von World BEYOND War. Als humanistische Antwort auf die Kriegsschrecken und der aufgeheizten nationalistischen Stimmung in der Ukraine entgegen tritt er mutig und offensiv für unbedingte Verständigung und internationalistische Völkerfreundschaft ein.

KIEW, UKRAINE – Wir leben in schwierigen Zeiten, die Mut erfordern den Frieden zu fördern.  
[...]

Die Ukrainische Pazifistische Bewegung verurteilt alle militärischen Aktionen auf Seiten Russlands und der Ukraine im Rahmen des aktuellen Konflikts. Wir verurteilen militärische Mobilisierung und Eskalation innerhalb und außerhalb der Ukraine, einschließlich der Androhung eines Atomkrieges. Wir fordern die Führung beider Staaten und die militärischen Kräfte auf, sich zurückzuziehen und sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Frieden in der Ukraine und in der ganzen Welt kann nur auf gewaltfreiem Wege erreicht werden. Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Deshalb sind wir entschlossen, jede Art von Krieg nicht zu unterstützen und uns für die Beseitigung aller Kriegsursachen einzusetzen. Es ist schwer, jetzt ruhig und besonnen zu bleiben, aber mit der Unterstützung der globalen Zivilgesellschaft ist es leichter. Freunde aus vielen Ländern zeigen sich solidarisch und fördern aktiv den Frieden mit friedlichen Mitteln in und um die Ukraine. Dafür sind wir zutiefst dankbar und inspiriert.

Leider treiben auch die Kriegstreiber ihre Agenda in der ganzen Welt voran. Sie fordern eskalierend weitere Militärhilfe für die Ukraine und zerstörerische Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Die Sanktionen, die sich der Westen und der Osten als Folge des Kampfes zwischen den USA und Russland um die Kontrolle über die Ukraine gegenseitig auferlegen, können den globalen Markt der Ideen, der Arbeitskräfte, der Waren und der Finanzen zwar schwächen, aber nicht spalten, so dass der globale Markt unweigerlich einen Weg finden wird, seinen Bedarf an einer globalen Regierung zu decken. Die Frage ist, wie zivilisiert und demokratisch die künftige Weltregierung sein wird; und Militärbündnisse, die auf die Aufrechterhaltung absoluter Souveränität abzielen, fördern eher Despotismus und nicht Demokratie. Wenn NATO-Mitglieder militärische Hilfe bereitstellen, um die Souveränität der ukrainischen Regierung zu unterstützen, oder wenn Russland Truppen schickt, um für die selbsternannte Souveränität der Separatisten von Donezk und Luhansk zu kämpfen, sollten Sie sich daran erinnern, dass unkontrollierte Souveränität Blutvergießen bedeutet, und Souveränität ist definitiv kein demokratischer Wert: Alle Demokratien sind aus dem Widerstand gegen blutrünstige Souveräne entstanden, individuell und kollektiv. Die Kriegsprofitoren des Westens sind die gleiche Bedrohung für die Demokratie wie die autoritären Herrscher des Ostens, und ihre Versuche, die Erde zu teilen und zu beherrschen, sind im Wesentlichen gleich. Die NATO sollte sich aus dem Konflikt um die Ukraine zurückziehen, der durch ihre Unterstützung der Kriegsanstren-

gungen und Beitrittsbestrebungen der ukrainischen Regierung eskaliert ist, und sich idealerweise auflösen oder in ein Abrüstungsbündnis anstelle eines Militärbündnisses umwandeln. Die Vereinigten Staaten sollten der Ukraine die Botschaft übermitteln, dass Friedensgespräche zwischen der Regierung und den Separatisten unvermeidlich sind, je früher, desto besser, und dann in sinnvolle Friedensgespräche mit Russland eintreten. Ich schlage vor, dass beide dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffen beitreten und damit ein gutes Beispiel für andere Großmächte, vor allem für China, abgeben. Und alle Großmächte sollten sich zu einer gewaltfreien Weltordnungspolitik auf der Grundlage von Friedenskultur, universeller Kommunikation und Zusammenarbeit verpflichten, anstatt ihre Hegemonie mit zum Scheitern verurteilten Bemühungen auf globaler oder regionaler Ebene mit brutaler militärischer Gewalt durchzusetzen.

Die Ukraine sollte sich nicht auf die Seite einer kriegslüsternden Großmacht stellen, egal ob es sich um die USA, die NATO oder Russland handelt. Mit anderen Worten: Unser Land sollte neutral sein. Die ukrainische Regierung sollte sich entmilitarisieren, die Wehrpflicht abschaffen, die territorialen Streitigkeiten um die Krim und den Donbass friedlich beilegen und zur Entwicklung einer künftigen gewaltfreien Weltordnungspolitik beitragen, anstatt zu versuchen, einen bis an die Zähne bewaffneten Nationalstaat im Stil des 20. Jahrhunderts aufzubauen. Es wird leichter sein, mit Russland und seinen Separatisten zu verhandeln, wenn man

die Vision teilt, dass die Ukraine, der Donbass und die Krim in Zukunft eine Einheit auf dem vereinten Planeten ohne Armeen und Grenzen bilden werden. Selbst wenn den Eliten der intellektuelle Mut fehlt, in die Zukunft zu blicken, sollte ein pragmatisches Verständnis der Vorteile des gemeinsamen Marktes den Weg zum Frieden ebnen.  
[...]

Anstatt aus Wut die letzten Bande der Menschheit zu zerreißen, müssen wir mehr denn je die Orte der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen allen Menschen auf der Erde erhalten und stärken, und jede einzelne Anstrengung dieser Art hat einen Wert. Nicht viele Menschen bemühen sich, entweder Engel oder Dämonen zu sein; die meisten Menschen driften intuitiv zwischen einer Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit einerseits und einer Kultur des Krieges und der Gewalt andererseits. Pazifisten sollten den guten Weg aufzeigen. Gewaltlosigkeit ist ein effektiveres und fortschrittlicheres Instrument für globale Politik, soziale und ökologische Gerechtigkeit, als der Wahn von systemischer Gewalt und Krieg als Allheilmittel, als wundersame Lösung für alle sozioökonomischen Probleme.  
[...]

Ich hoffe, dass wir mit Hilfe aller Menschen auf der Erde, die den Mächtigen die Wahrheit sagen, die fordern, dass sie aufhören zu schießen und anfangen zu reden, die diejenigen unterstützen, die es brauchen, und die in die Friedenskultur und die Erziehung zur gewaltfreien Bürgerschaft investieren, gemeinsam eine bessere Welt ohne Armeen und Grenzen aufbauen können. Eine Welt, die von den großen Mächten der Wahrheit und der Liebe regiert wird und die Ost und West umfasst. Und - um May-May Meijer, meine Freundin aus den Niederlanden, zu zitieren - eine Welt, in der alle Kinder spielen können.





# Friedenspädagogik und Friedenserziehung. Zum Inhalt von Friedenserziehung

Günther Gugel war Geschäftsführer des Instituts für Friedenspädagogik in Tübingen und anschließend Programmleiter der Berghof Foundation für Deutschland. Uli Jäger war Kodirektor des Instituts für Friedenspädagogik, Tübingen e.V., und ist verantwortlich für den Bereich Friedensbildung der Berghof Foundation. Dieser Text erschien 1999 als Arbeitspapier für ein Gutachten zur Forschungsförderung.

[...]

## 1. Aspekte von Friedenserziehung

[...]

Friedenserziehung umfaßt drei Kernelemente: die Vermittlung von Friedenskompetenz, die Hinführung zur Friedensfähigkeit sowie die Befähigung zum Friedenshandeln.

Friedenspädagogik orientiert sich dabei an dem Friedensbegriff des norwegischen Friedensforschers Johan Galtung, demzufolge Frieden kein Zustand, sondern ein Prozeß darstellt mit dem Ziel abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit.

Die Vermittlung von Friedenskompetenz: Friedenskompetenz zielt darauf, Zusammenhänge zu begreifen, Entwicklungen einzuordnen und selbständige Analysen und Strategien zur Auseinandersetzung mit Konflikten und Gewalt entwickeln zu können. Friedenskompetenz ist in erster Linie Sachkompetenz: Dazu gehören unter anderem das Wissen über die Ursachen von Krieg und Gewalt, über die individuellen Voraussetzungen von Friedensfähigkeit sowie deren gesellschaftliche und internationale Rahmenbedingungen.

[...]

Nachvollziehbare und für alle Menschen verständliche Hinweise für die Erlangung einer solchen individuellen Friedensfähigkeit zu geben, gehört zu den schwierigsten Aufgaben der Friedenserziehung. Ein Teilbereich der individuellen Friedensfähigkeit umfaßt die Entwicklung von Ichstärke und Selbstbewußtsein. Zum Kernbereich der Friedensfähigkeit zählen Verhaltensmöglichkeiten mit Konflikten konstruktiv umzugehen, also zerstörerische Folgen – seien sie physischer oder psychischer Art – zu vermeiden. Die Ergebnisse des Wissens- und Bildungsdelphi des BMB+F machen deutlich, daß in Zukunft Allgemeinwissen eine Basis für allgemeine Verständigung sowie Voraussetzung für soziales Handeln sein soll. Insbesondere soziale Kompetenzen (u.a. Teamfähigkeit, Problemlösefähigkeit und Konfliktfähigkeit) erhalten hier einen hohen Stellenwert, weil deren Vermittlung im Bildungssystem bislang unterrepräsentiert ist.

Anleitung zum Friedenshandeln: Schließlich ist die Anleitung zum selbständigen politischen Handeln ein untrennbarer Teil der Friedenserziehung. Friedenshandeln zielt auf die Beeinflussung politischer Entscheidungen und Entwicklungen auf kommunaler, staatlicher und internationaler Ebene und kann unterschiedliche Formen haben. Angesichts der wachsenden ökonomischen, aber auch kulturellen Globalisierung und der damit verbundenen Entwicklung der Welt zum „globalen Dorf“ sind Handlungsansätze transnationalen Friedenshandelns besonders bedeutsam. Sie erstrecken sich von Projekten internationalen Lernens bis hin zu gewaltfreien Interventionen in Krisenregionen. Friedenserziehung hat die Aufgabe, zum politischen Engagement zu ermutigen, gerade auch dadurch, daß die Grenzen dieses Friedenshandelns sichtbar gemacht werden und der Handlungsspielraum greifbar ist.



## 2. Voraussetzungen für Friedenserziehung

Die Forderung und Begründung einer Friedenserziehung baut auf der Erkenntnis auf, daß „Friedensfähigkeit“ vermittelbar und lernbar ist. Untersuchungen und Erfahrungen zeigen, daß es für das gesellschaftliche und politische Verhalten sowie für die jeweiligen Überzeugungen und Werthaltungen nicht gleichgültig ist, welchen Erziehungs- und Sozialisationsinflüssen Kinder und Jugendliche ausgesetzt waren und sind. Biographien jugendlicher Gewalttäter weisen u.a. auf gravierende emotionale Defizite, verbunden mit mangelnden Möglichkeiten der Entwicklung von Ichstärke und einer eigenständigen Identität hin. Untersuchungen über die Sozialisationsbedingungen von Kriegsfreiwilligen und Kriegsdienstverweigerern zeigen auf, daß eine Erziehung, die eine Auseinandersetzung mit humanitären Werten ermöglicht, die auf gleichberechtigten Beziehungen aufbaut, die Emotionen nicht tabuisiert, die Lebensfreude und Sinn vermittelt und die diese Dinge nicht postuliert, sondern in den eigenen Lebensvollzug integriert, daß eine solche Erziehung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen dazu führt, daß diese eher Gewalt ablehnen, sich eher sozial und politisch engagieren sowie nach gewaltfreien Möglichkeiten der Konfliktaustragung suchen. Die bekannten Gehorsamsexperimente von Milgram und die darauf aufbauenden Untersuchungen haben weiterhin gezeigt, daß es einen engen Zusammenhang zwischen den Anweisungen einer vermeintlichen Autorität und der Bereitschaft zur Gewaltanwendung gibt.

Bereits diese wenigen Beispiele zeigen, daß Friedenserziehung nicht nur ein ethisches Postulat darstellt, sondern auf langjährigen Forschungsergebnissen und Erfahrungen aufbauen kann. Im internationalen Bereich sind diese Erfahrungen vor allem in den Bereichen der zivilen Konfliktbearbeitung sowie im Umgang mit Kriegstraumatisierten Kindern und Erwachsenen gegeben.

[...]

## 3. Aktuelle Aufgabenfelder für Friedenserziehung

Friedenserziehung muß sich heute mit den Schlüsselthemen unserer Zeit beschäftigen. Der spezifische Blickwinkel dabei ist die Entstehung von Gewalt und Konflikten auf allen Ebenen sowie der Umgang damit. Der Frankfurter Friedensforscher Hans Nicklas und die Friedensforscherin Anne Ostermann formulieren sechs Schwerpunkte als Aufgabe heutiger Friedenserziehung:



### Die Auseinandersetzung mit Gewalt

Gewalt reicht von Kriegen über strukturelle Gewaltphänomene bis hin zur Gewalt gegen Kinder, gegen Frauen und allgemein gegen Schwächere. Ein besonderer Aspekt der Auseinandersetzung ist dabei die Sensibilisierung für die eigene Rolle als Opfer und Täter. Unter diesem Aspekt treten auch Fragen der Ökologie oder Unterentwicklung als Ursachen für (häufig gewalttätig ausgetragene) Konflikte in das Blickfeld der Friedenserziehung.

### Die Auseinandersetzung mit der Legitimation von Militär und Rüstung

Konflikte sind, zumal beim heutigen Stand der Waffentechnik, nicht mehr militärisch lösbar. Waffen und Militär werden jedoch sowohl innerstaatlich als auch zwischenstaatlich eingesetzt. Die verschiedenen ökonomischen, politischen und psychologischen Legitimationsmuster sowie die realen Kosten von Rüstung und Militär zu betrachten ist zweifellos eine wichtige Aufgabe von Friedenserziehung.

### Die Entwicklung interkultureller Kompetenz

Der europäische Integrationsprozeß sowie die zunehmenden Einwanderungsbewegungen nach Europa erfordern eine kulturelle Flexibilität und Toleranz, die heute allenfalls in Ansätzen vorhanden ist. Das Problem der mangelnden sozialen Akzeptanz von „Fremden“ macht die Entwicklung interkultureller Kompetenz notwendig. Diese interkulturelle Kompetenz umfaßt zum einen die Erweiterung der eigenen Wahrnehmungsfähigkeit für Fremdes sowie die Fähigkeit, das andere als anders zu akzeptieren. Die Entwicklung interkultureller Kompetenz wird von der UNESCO als Kern der Friedenserziehung gesehen.

- Fortsetzung auf der Rückseite -

### **Die Überwindung eines übersteigerten Nationalismus und Schaffung neuer Loyalitäten**

Während in westeuropäischen Staaten bei der Mehrheit der Bevölkerung nationale Bindungen zurückgehen, ist in Osteuropa (sowie bei einem Teil der Bevölkerung in Westeuropa) eine beängstigende Revitalisierung der nationalen oder ethnischen Identität festzustellen. Für eine höhere Friedensfähigkeit ist aber die Entwicklung von die nationale Identität übergreifenden Loyalitäten notwendig. Es scheint also unabdingbar, daß Menschen lernen mehrstufige Loyalitäten herauszubilden, um beispielweise gleichzeitig eine türkische, eine deutsche und eine europäische Identität leben zu können.

### **Umgang mit Angst und Aggression**

Friedenserziehung sollte Hilfestellung beim Umgang mit Angst und Aggression anbieten, die ja eng zusammenhängen. Sie könnte in diesem Bereich Einstellungsmuster verändern und Kompetenzen für angemessene Reaktionen entwickeln helfen.

### **Erwerb von Kommunikationsfähigkeit**

Menschen greifen oft zur Gewalt, wenn sie unfähig sind, kommunikative Mittel anzuwenden. Kommunikative Strategien der Konfliktlösung als Alternative zur Gewalt zu entwickeln und anzuwenden, bedeutet eine Kultur der Gewaltfreiheit aufzubauen.

Diesen sechs Themenbereichen sollen zwei weiterer hinzugefügt werden:

### **Entwicklung von Bewußtsein für die Eine Welt**

Friedenserziehung sollte mithelfen, den eurozentrischen Blickwinkel in Fragen der ökologischen, wirtschaftlichen und politischen Sicherheit zu überwinden und globale Denk- und Handlungsansätze für die heute anstehenden Problemfelder zu entwickeln.

### **Analyse von und Umgang mit Neuen Medien**

Gewalt in Medien, Berichterstattung über Krisen und Kriege, Orientierung in einer medial inszenierten Umwelt sind Themen, die in der Zeit des Über-

gangs vom Industriezeitalter in das Zeitalter der Informations- und Kommunikationstechnologien zunehmend an Bedeutung gewinnen und auch neue Lehr- und Lernformen für Friedenserziehung ermöglichen.

Diese Themenfelder bilden keinen abschließenden Katalog, sondern eher eine Orientierung für die weitere Auseinandersetzung.

## **4. Konfliktfähigkeit als Kern von Friedenserziehung**

Als zentrales Ziel und Kern von Friedenserziehung kann „Konfliktfähigkeit“ verstanden werden. Friedenserziehung soll dazu befähigen mit Konflikten

konstruktiv umzugehen, eine Eskalation zu vermeiden bzw. Versöhnung der Konfliktparteien wieder zu ermöglichen und dies (und darin liegt die eigentliche Herausforderung für die Friedenserziehung) auf der persönlichen, gesellschaftlichen und internationalen Ebene. Auf allen drei Ebenen sind spezifische Kenntnisse und Fähigkeiten und Kompetenzen notwendig um dies zu erreichen.

Dieses Kenntnisse und Fähigkeiten beinhalten gemeinsames Basiswissen („Grundwissen“) über Konflikte und spezielle Kenntnisse über spezifische Zielgruppenorientierte Gegebenheiten. Dennoch geht es nicht allein um Wissen, sondern wesentlich auch um die Stärkung der Persönlichkeit (Ichstärke).

Dabei geht Friedenspädagogik (ebenso

wie die Sozialpsychologie) davon aus, daß persönliches und politisches nicht getrennt zu sehen ist, sondern sich gegenseitig beeinflussen und prägen. [...]



**Abrüsten statt Aufrüsten!  
Russische Truppen raus aus der Ukraine!  
Keine NATO-Expansion!  
Keine atomare Aufrüstung!**



**OSTERMARSCH 2022**

**NEIN ZUM KRIEG!**

**Demonstration Ostermontag**  
**18. April um 13 Uhr**  
**Reeperbahn (Höhe Spielbudenplatz)**  
**13 Uhr Osterandacht, 13:30 Uhr Start-Kundgebung**



Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.  
www.hamburgerforum.org  
Dr. Markus Gunkel, c/o Hamburger Forum, Eiffestraße 600, 20537 Hamburg

#### Impressum

Zeitung für Frieden  
der Fachschaftsrate  
Erziehungswissenschaft  
und Lehramt  
allgemeinbildende  
Schulen

Von-Melle-Park 8,  
20146 Hamburg

Auflage 2000